

## Medienmitteilung 4/2014

Thema	Parolenfassung für den 15. Mai 2014
Rückfragen	Andreas Mahler, Tel: 079 439 08 44, Mail: <a href="mailto:andreas.mahler@grunliberale.ch">andreas.mahler@grunliberale.ch</a>
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau eMail: <a href="mailto:ag@grunliberale.ch">ag@grunliberale.ch</a> <a href="http://www.ag.grunliberale.ch">www.ag.grunliberale.ch</a>
Datum	02.04.2014

### **DIE GLP AG LEHNT DEN KAUF DES GRIPENS UND ALLE VOLKSINITIATIVEN AB, EINZIG DER BUNDESBESCHLUSS ZUR MEDIZINISCHEN GRUNDVERSORGUNG FINDET ANKLANG.**

Die Grünliberalen Kt. Aargau empfehlen den Stimmberechtigten am 18 Mai ein NEIN zum Gripen, zur Mindestlohn-, Pädophilen- und Mundartinitiative und ein JA zum Bundesbeschluss zur medizinischen Grundversorgung. Insbesondere das Gripen-Fonds-Gesetz und die Initiative "Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen" werden von der GLP deutlich abgelehnt.

Sowohl der Vorstand als auch die Mitgliederversammlung der Grünliberalen Aargau haben sich kritisch mit den drei Bundesvorlagen auseinandergesetzt:

- Der Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung wird von den Grünliberalen klar unterstützt. Die hohe Wichtigkeit des Hausarztberufs wird anerkannt und eine Förderung desselbigen begrüsst. Der direkte Gegenentwurf enthält ein Massnahmenpaket, welches eine Verbesserung in der Aus- und Weiterbildung, der Forschung und der Berufsausübung der Hausärztinnen und -ärzte bezwecken soll. Die GLP ist zuversichtlich, dass mit Annahme des Bundesbeschlusses zu einer hohen Qualität in der medizinischen Grundversorgung beigetragen würde und es zumindest ein Schritt in die richtige Richtung getan wäre.
- Die Pädophilen-Initiative fällt recht deutlich durch bei der Grünliberalen Partei Kt. Aargau. Die Verstärkung des Jugendschutzes wird anerkannt, jedoch hält die GLP wenig von gesetzlichen Automatismen. Durch die Einführung der Gesetzesbestimmung würde das richterliche Ermessen vollends ausgehebelt, die Bestimmung würde zudem gegen die Grundsätze unserer Rechtsordnung verstossen, insbesondere der Grundsatz der Verhältnismässigkeit könnte keinesfalls gewahrt werden. Die Grünliberalen sind sich bewusst über den Handlungsbedarf und sind überzeugt, dass der Lösungsvorschlag der zuständigen Kommission seinen Zweck nicht nur erfüllen, sondern besser erfüllen würde. Es kann nicht im Sinne der Stimmberechtigten sein, einem /einer Jugendlichen wegen einem Bagatelldelikt ein lebenslängliches Berufsverbot aufzuerlegen.
- Die Mindestlohn-Initiative wird von den Grünliberalen klar abgelehnt. Die GLP ist überzeugt, dass durch Annahme der Initiative die Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes Schweiz und somit auch zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet würden. Weiter würde durch die Initiative Schwarzarbeit wieder deutlich attraktiver, was nicht das Ziel eines guten Arbeitnehmerschutzes sein kann. Die Grünliberalen erkennen zwar die Lohnungerechtigkeit in gewissen Berufszweigen, genauso wie die frappanten

Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau, sind aber der Ansicht, dass durch Ausarbeitung von Gesamtarbeitsverträgen diesen Problemen besser Genüge getan würde. Weiter erachten die Grünliberalen eine Einmischung des Staates in den Arbeitsmarkt grundsätzlich als nicht wünschenswert.

- Der Kauf des Gripen wird von den Grünliberalen deutlich abgelehnt. Es besteht weder eine zeitliche Dringlichkeit für den Kauf neuer Kampfflugzeuge, noch ist sich der Bund derzeit im Klaren, welche Rolle der Luftwaffe in der Armee überhaupt zukommen soll. Klar ist, dass die aktuelle Anzahl Flugzeuge für die Ausübung der heutigen Aufgaben der Luftwaffe völlig ausreichen. Weiter entbehrt der Kauf des Gripen jeder finanziellen Vernunft und hätte eine langfristige Bindung von mehreren Milliarden Steuerfranken zur Folge.
- Die aargauische Volksinitiative „JA für Mundart im Kindergarten“ stösst bei den Grünliberalen auf wenig Verständnis. Für den schulischen und beruflichen Erfolg sowie für die Integration sind Mundart und Standardsprache gleichermaßen wichtig. Zudem hat sich das heutige System bewährt und findet deutliche Anerkennung bei Lehrpersonen wie auch bei den Eltern. Die Leistungen der 5. Klassen beim betreffenden Check, mit einem Trend zur Verbesserung der Deutschleistungen, verdeutlichen die Überflüssigkeit eines Systemwechsels.